

# Inhalt

Vorwort	9
Einführung	11
1. Was bedeutet »agonistische Politik«?	21
2. Welche Demokratie für eine multipolare, agonistische Welt?	45
3. Ein agonistischer Ansatz für die Zukunft Europas	77
4. Radikale Politik heute	107
5. Agonistische Politik und künstlerische Praktiken	133
6. Schlussfolgerungen	161
Anhang: Und jetzt, Frau Mouffe?	
Chantal Mouffe im Gespräch mit Elke Wagner	191

## 1. Was bedeutet »agonistische Politik«?

Im Lauf der vergangenen Jahre haben agonistische Ansätze in der Politikwissenschaft zunehmend an Einfluss gewonnen. Allerdings gibt es diese Ansätze in einer Vielzahl von Ausrichtungen, was immer wieder für Verwirrung sorgt. Da dieses Buch die Relevanz meines Verständnisses von Agonistik für unterschiedliche Bereiche ergründen soll, ist es notwendig zu klären, was genau meinen Ansatz kennzeichnet und wie er sich von anderen agonistischen Theorien unterscheidet. Daher möchte ich zunächst die Eckpunkte des theoretischen Modells rekapitulieren, das meinen Betrachtungen über das Politische zugrunde liegt, so wie ich es in *Hegemonie und radikale Demokratie* gemeinsam mit Ernesto Laclau ausgearbeitet habe.<sup>1</sup>

Um das Wesen des Politischen zu erfassen, so die von uns in jenem Buch vertretene These, sind zwei zentrale Begriffe unerlässlich, »Antagonismus« und »Hegemonie«. Beide verweisen darauf, wie wichtig es ist, sich die Dimension der radikalen Negativität vor Augen zu führen, die sich in der omnipräsenten Möglichkeit des Antagonismus manifestiert. Diese Dimension behindert unserer Argumentation zufolge die vollständige Totalisierung der Gesellschaft und steht der Möglichkeit einer Gesellschaft jenseits von Spaltungen und Machtkämpfen entgegen. Dies wiederum macht es notwendig, sich mit dem Fehlen eines letzten Urgrundes abzufinden und mit der Unentscheidbarkeit, von der jede Ordnung durchdrungen ist. In unseren Begriffen macht es dies erforderlich, sich die »hegemoniale« Natur jedweder ge-

sellschaftlichen Ordnung bewusst zu machen und sich die Gesellschaft als Produkt einer Reihe von Praktiken vorzustellen, die darauf abzielen, in einem Umfeld der Kontingenz eine Ordnung zu schaffen. Unter »hegemonialen Praktiken« verstehen wir die Artikulationspraktiken, durch die eine gegebene Ordnung geschaffen und die Bedeutung der gesellschaftlichen Institutionen festgelegt wird. Dieser Sichtweise zufolge ist jede Ordnung die temporäre und gefährdete Artikulation kontingenter Praktiken. Die Dinge könnten immer auch anders liegen, und jede Ordnung basiert auf dem Ausschluss anderer Möglichkeiten. Jede Ordnung ist immer auch Ausdruck einer bestimmten Konstellation von Machtverhältnissen. Was zu einem bestimmten Zeitpunkt als die »natürliche« Ordnung akzeptiert wird, einschließlich dessen, was als gesunder Menschenverstand gilt, ist das Ergebnis sedimentärer hegemonialer Praktiken. Es ist niemals die Manifestation einer tieferen Objektivität, die außerhalb der Praktiken liegt, die sie ins Leben gerufen haben. Jede Ordnung kann daher durch antihegemoniale Praktiken infrage gestellt werden, die versuchen, sie zu re-artikulieren und eine andere Form der Hegemonie zu installieren.

In *The Return of the Political*, *Das demokratische Paradox* und *Über das Politische* habe ich diese Reflexionen über »das Politische«, im Sinne der antagonistischen Dimension, die allen menschlichen Gesellschaften inhärent ist, weiter ausgearbeitet.<sup>2</sup> Zu diesem Zweck habe ich vorgeschlagen, zwischen »dem Politischen« und »der Politik« zu unterscheiden. »Das Politische« bezieht sich auf die Dimension des Antagonismus, der viele Formen annehmen und in unterschiedlichen sozialen Bezie-

hungen zutage treten kann. Es ist eine Dimension, die sich niemals gänzlich eliminieren lässt. »Politik« verweist demgegenüber auf das Ensemble von Praktiken, Diskursen und Institutionen, das eine bestimmte Ordnung zu etablieren und das menschliche Zusammenleben unter Bedingungen zu organisieren versucht, die von der Dimension des »Politischen« beeinflusst und deshalb immerzu potenziell konflikträftig sind.

Wie ich in meinen Schriften wiederholt betont habe, sind politische Fragen nicht einfach nur fachspezifische, von Experten zu lösende Probleme. Echte politische Fragen schließen immer Entscheidungen ein, die eine Wahl zwischen gegensätzlichen Alternativen erfordern. Diese Tatsache kann die vorherrschende Strömung im liberalen Denken, die von einem rationalistischen, individualistischen Ansatz geprägt ist, nicht erfassen, und darum ist der Liberalismus unfähig, ein adäquates Modell der pluralistischen Natur der sozialen Welt, einschließlich der mit dem Pluralismus verbundenen Konflikte, zu entwickeln. Dabei handelt es sich um Konflikte, für die es niemals eine rationale Lösung geben kann, und daraus ergibt sich die Dimension des Antagonismus, die menschliche Gesellschaften charakterisiert.

Das typische Verständnis von Pluralismus lautet wie folgt: Wir leben in einer Welt, in der es wahrlich viele Perspektiven und Werte gibt, aber aufgrund empirischer Einschränkungen ist es uns unmöglich, sie alle einzunehmen. Zusammen genommen könnten sie jedoch ein harmonisches, konfliktfreies Ensemble bilden. Wie ich gezeigt habe, muss eine solche Sichtweise, wie sie in der liberalen politischen Theorie dominiert, das Politische

in seiner antagonistischen Dimension negieren. In der Tat gehört zu den wichtigsten Grundsätzen dieser Spielart des Liberalismus der rationale Glaube an die Möglichkeit, einen universellen, vernunftbasierten Konsens herzustellen. Insofern nimmt es nicht wunder, dass das Politische den blinden Fleck des Liberalismus darstellt. Indem er den unentrinnbaren Augenblick der Entscheidung – im engen Sinn des Entscheidenmüssens in einem unentscheidbaren Terrain – ins Blickfeld rückt, zeigt der Antagonismus die Grenzen eines rationalen Konsenses auf.

Die Leugnung des »Politischen« in seiner antagonistischen Dimension, so meine These, ist das, was es der liberalen Theorie verunmöglicht, ein adäquates politisches Modell zu entwickeln. Man kann das Politische in seiner antagonistischen Dimension nicht zum Verschwinden bringen, indem man es einfach leugnet oder wegwünscht. Das ist die typisch liberale Geste, doch diese Leugnung hat lediglich jene Ohnmacht zur Folge, die das liberale Denken charakterisiert, wenn es mit Antagonismen und Gewaltformen konfrontiert ist, die der liberalen Theorie zufolge einer längst vergangenen Zeit angehören, als die Vernunft noch nicht die Oberhand über die vermeintlich archaischen Leidenschaften gewonnen hatte. Hierin liegt die Wurzel der derzeitigen Unfähigkeit des Liberalismus, das Wesen und die Ursache der neuen Antagonismen zu begreifen, die seit dem Kalten Krieg aufgebrochen sind.

Ein weiterer Grund für die Blindheit des liberalen Denkens im Hinblick auf das Politische ist der Individualismus, der es daran hindert, den Entstehungsprozess kollektiver Identitäten zu verstehen. Das Politische hat

jedoch von Anfang an mit kollektiven Formen der Identifikation zu tun, geht es in diesem Bereich doch stets um die Ausbildung eines »Wir« im Gegensatz zu einem »Sie«. Das Hauptproblem des liberalen Rationalismus ist dabei seine gesellschaftliche Logik, die auf der essentialistischen Vorstellung des »Seins als Präsenz« beruht, sowie seine Auffassung, Objektivität sei etwas den Dingen wesenhaft Eingeschriebenes. Er vermag nicht zu erkennen, dass Identität nur möglich ist, wenn sie als Differenz konstruiert wird, und dass jede gesellschaftliche Objektivität durch Akte der Macht konstituiert ist. Er weigert sich einzugestehen, dass letztlich jede Form der gesellschaftlichen Objektivität eine politische ist und die Spuren der Akte der Exklusion tragen muss, die mit ihrer Konstituierung einhergehen.

In mehreren Büchern habe ich zur Verdeutlichung dieser These die Vorstellung eines »konstitutiven Außen« verwendet. Da ihr in meiner Argumentation eine zentrale Rolle zukommt, ist es meines Erachtens notwendig, sie hier noch einmal zu erläutern.

Erstmals wurde dieser Begriff von Henry Staten gebraucht, der damit eine Reihe von Vorstellungen bezeichnet, die Jacques Derrida anhand von Begriffen wie »*supplément*«, »*trace*« und »*différance*« entwickelt hat.<sup>3</sup> Staten wollte damit die Tatsache herausstellen, dass die Ausbildung einer Identität stets mit der Festlegung einer Differenz einhergeht. Bei Derrida ist dieser Gedanke natürlich auf einer sehr abstrakten Ebene angesiedelt und bezeichnet jegliche Form von Objektivität. Mein Interesse erstreckt sich dagegen darauf, in den Vordergrund zu rücken, was dieser Gedanke für das Feld der Poli-

tik bedeutet, und aufzuzeigen, inwiefern er für die Konstitution politischer Identitäten relevant ist. Wenn wir uns bewusst machen, dass Identitäten immer relational sind und die Affirmation einer Differenz – das heißt der Wahrnehmung von etwas »Anderem« als Konstitution des »Außen« – eine Vorbedingung für die Existenz jedweder Identität darstellt, so können wir meiner Ansicht nach verstehen, weshalb es in der Politik, deren Gegenstand stets kollektive Identitäten sind, um die Konstitution eines »Wir« geht, das als Vorbedingung für seine Existenz die Abgrenzung von einem »Sie« voraussetzt.

Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass eine solche Beziehung notwendigerweise agonistisch sein muss. Tatsächlich sind viele Wir/Sie-Beziehungen lediglich eine Frage der Anerkennung von Unterschieden. Es bedeutet jedoch, dass immer die Möglichkeit besteht, dass diese Wir/Sie-Beziehung in eine Freund/Feind-Beziehung umschlägt. Dies geschieht, wenn wir anfangen, den Anderen, die uns bis dato lediglich als anders galten, zu unterstellen, sie stellen *unsere* Identität infrage und bedrohen *unsere* Existenz. Von diesem Augenblick an, darauf hat Carl Schmitt hingewiesen, wird jede Form der Wir/Sie-Beziehung – sei sie religiöser, ethnischer oder wirtschaftlicher Natur – zum Austragungsort eines Antagonismus.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass eben das, was die Ausbildung politischer Identitäten ermöglicht, zugleich die Unmöglichkeit einer Gesellschaft bedingt, in der der Antagonismus eliminiert werden kann.

## Ein agonistisches Modell

Vor diesem Hintergrund der allgegenwärtigen Möglichkeit des Antagonismus habe ich ein Demokratiemodell ausgearbeitet, das ich als »agonistisch« bezeichne. Ursprünglich war meine Intention eine »metaphorische Neudefinition« der liberalen demokratischen Institutionen – eine Neudefinition, die einfangen konnte, was in der pluralistischen demokratischen Politik auf dem Spiel steht. Um das Wesen demokratischer Politik und die Herausforderungen zu verstehen, vor denen sie steht, so meine Argumentation, bedarf es einer Alternative zu den beiden dominierenden Ansätzen in der demokratischen politischen Theorie.

Dem einen Ansatz, dem aggregativen Modell, zufolge ist das, was politische Akteure antreibt, die Durchsetzung ihrer Interessen. Der andere Ansatz, das deliberative Modell, betont demgegenüber die Rolle der Vernunft und moralischer Überlegungen. Was beide Modelle ausblenden, ist die zentrale Bedeutung kollektiver Identitäten sowie die entscheidende Rolle, die Affekte bei deren Konstitution spielen.

Ich behaupte, dass man demokratische Politik unmöglich verstehen kann, ohne »Leidenschaften« als treibende Kraft auf dem Feld der Politik zur Kenntnis zu nehmen. Das agonistische Modell zielt auf all jene Fragen ab, die von den beiden anderen Modellen aufgrund ihrer rationalistischen, individualistischen Ausrichtung nicht sinnvoll beantwortet werden können.

Lassen Sie mich kurz meine Argumentation aus *Das demokratische Paradox* rekapitulieren. Wenn wir die

Dimension des »Politischen« zur Kenntnis nehmen, so beginnen wir zu erkennen, dass eine der größten Herausforderungen, die eine pluralistische, liberale, demokratische Politik bewältigen muss, in dem Versuch besteht, den potenziellen Antagonismus zu entschärfen, der menschlichen Beziehungen innewohnt. Die entscheidende Frage ist meiner Ansicht nach nicht, wie man einen Konsens ohne jede Exklusion herstellen kann, würde das doch die Konstruktion eines »Wir« ohne ein korrespondierendes »Ihr« erfordern. Das jedoch ist unmöglich, da die Konstitution eines »Wir«, wie soeben erläutert, stets die Abgrenzung von einem »Ihr« voraussetzt.

Die zentrale Frage lautet demnach, wie die für jedwede Politik konstitutive Unterscheidung zwischen »uns« und »denen« so gestaltet werden kann, dass sie mit der Anerkennung des Pluralismus vereinbar ist. Konflikte können und sollten in liberalen, demokratischen Gesellschaften nicht eliminiert werden, da die Akzeptanz und Legitimierung von Konflikten ja gerade das ist, was eine pluralistische Demokratie auszeichnet. Liberale, demokratische Politik setzt voraus, die »Anderen« nicht als Feinde wahrzunehmen, die es zu vernichten gilt, sondern als Kontrahenten, deren Ideen es zwar – mit aller Schärfe – zu bekämpfen gilt, deren Recht, für diese Ideen einzutreten, aber nicht infrage gestellt werden darf. Anders ausgedrückt: Wichtig ist, dass Konflikte nicht die Form eines »Antagonismus« annehmen (eines Kampfes zwischen Feinden), sondern die eines »Agonismus« (einer Auseinandersetzung zwischen Kontrahenten).

Aus agonistischer Perspektive ist die zentrale Kategorie demokratischer Politik die Kategorie des »Kontra-

henten«, des Opponenten, mit dem man grundlegende demokratische Prinzipien wie das Ideal »allgemeiner Freiheit und Gleichheit« teilt, bei deren Interpretation man jedoch unterschiedlicher Auffassung ist. Kontrahenten bekämpfen einander, weil sie wollen, dass ihre Interpretation dieser Prinzipien hegemonial wird, stellen aber das legitime Recht ihrer Kontrahenten, für ihre Position zu streiten, nicht infrage. Dieser Widerstreit zwischen Kontrahenten stellt die »agonistische Auseinandersetzung« dar, die Grundbedingung einer lebendigen Demokratie ist.<sup>4</sup>

Eine gut funktionierende Demokratie erfordert den Widerstreit demokratischer politischer Positionen. Mangelt es an diesem, so besteht die Gefahr, dass der demokratische Widerstreit durch eine Auseinandersetzung zwischen nicht verhandelbaren moralischen Werten oder essentialistischen Formen der Identifikation ersetzt wird. Eine zu große Konsensorientierung führt in Verbindung mit einer Abneigung gegen Konflikte zu Apathie und Entfremdung von der politischen Partizipation. Eine liberale, demokratische Gesellschaft braucht daher die Debatte über mögliche Alternativen. Sie muss Formen der politischen Identifikation anbieten, die auf klar unterscheidbaren demokratischen Positionen beruhen.

Konsens ist zweifellos notwendig, er muss jedoch von Dissens begleitet sein. Konsens muss über die Institutionen herrschen, die für die liberale Demokratie konstituierend sind, sowie über die ethisch-politischen Werte, von denen die politische Arbeit geprägt sein sollte. Es wird aber immer unterschiedliche Auffassungen

darüber geben, was diese Werte bedeuten und wie sie praktisch umzusetzen sind. Der Konsens wird demnach stets ein »konflikthafter Konsens« sein.

Meinungsverschiedenheiten über die Interpretation der gemeinsamen ethisch-politischen Prinzipien sind nicht nur legitim, sondern notwendig. Sie eröffnen den Bürgern unterschiedliche Identifikationsmöglichkeiten und sind der Stoff, aus dem demokratische Politik gemacht ist. Wird die agonistische, pluralistische Dynamik von einem Mangel an demokratischen Identifikationsformen behindert, so gibt es für Leidenschaften kein demokratisches Ventil. Damit wird Spielarten der Politik, in deren Mittelpunkt essentialistische Identitäten nationalistischer, religiöser oder ethnischer Ausprägung stehen, ebenso der Boden bereitet wie einer Vervielfachung der Auseinandersetzungen über nicht verhandelbare moralische Werte – einschließlich aller Erscheinungsformen von Gewalt, die mit solchen Auseinandersetzungen einhergehen.

Um Missverständnissen vorzubeugen, möchte ich noch einmal betonen, dass meine Verwendung des Begriffs »Kontrahent« sich klar von seiner Verwendung im liberalen Diskurs unterscheidet. Der hier zugrunde gelegten Bedeutung von »Kontrahent« zufolge wird der ihm innewohnende Antagonismus im Unterschied zur liberalen Sichtweise nicht eliminiert, sondern »sublimiert«. Vertreter des Liberalismus verstehen unter einem »Kontrahenten« nämlich lediglich einen »Konkurrenten«. Liberale Theoretiker betrachten das Feld der Politik als neutrales Terrain, auf dem unterschiedliche Gruppen um die Besetzung von Machtpositionen

konkurrieren. Dabei zielen sie darauf ab, andere zu verdrängen und ihre Position einzunehmen, ohne allerdings die vorherrschende Hegemonie infrage zu stellen oder die Machtverhältnisse grundsätzlich zu verändern. Es handelt sich lediglich um einen Wettbewerb innerhalb der Elite.

Dem agonistischen Verständnis von Politik nach ist die antagonistische Dimension dagegen immerzu präsent. Schließlich geht es um nichts Geringeres als den Kampf zwischen gegensätzlichen, nach Hegemonie strebenden Projekten, die niemals rational miteinander in Einklang gebracht werden können; eines von ihnen muss unterliegen. Es ist eine echte Konfrontation, die jedoch auf der Grundlage von beiden Seiten akzeptierter demokratischer Verfahren ausgetragen wird.

Ich behaupte: Nur, wenn wir uns »das Politische« in seiner antagonistischen Dimension vor Augen führen, können wir die entscheidende Frage stellen, um die es in demokratischer Politik geht. Ohne liberalen Theoretikern zu nahe treten zu wollen: Die Frage lautet nicht, wie man im Widerstreit der Interessen einen Kompromiss aushandelt oder wie man einen »rationalen«, das heißt alle einschließenden Konsens ohne jede Exklusion erzielt. Entgegen dem, was viele Liberale gerne glauben wollen, liegt die Besonderheit demokratischer Politik nicht in der Überwindung des Wir/Sie-Gegensatzes, sondern in der unterschiedlichen Art und Weise, in der diesem Gestalt gegeben wird. Die Hauptaufgabe demokratischer Politik besteht nicht darin, die Leidenschaften zu eliminieren oder sie in die Privatsphäre zu verbannen, um in der Öffentlichkeit einen rationalen Konsens herstellen zu kön-

nen. Sie besteht vielmehr darin, diese Leidenschaften zu »sublimieren«, indem man sie für demokratische Zwecke fruchtbar macht und kollektive Identifikationsmöglichkeiten um demokratische Ziele schafft.

## **Agonismus und Antagonismus**

Nachdem ich verdeutlicht habe, wie Agonismus und Antagonismus in meinem Ansatz miteinander in Beziehung stehen, kann ich mich nun der Frage widmen, was mein Verständnis von agonistischer Politik von einigen anderen Auffassungen unterscheidet. Nehmen wir als Beispiel Hannah Arendt. Das Hauptproblem des arendtschen Verständnisses von »Agonismus« besteht aus meiner Sicht darin, dass es sich, auf einen Nenner gebracht, um einen »Agonismus ohne Antagonismus« handelt. Damit meine ich, dass Arendt zwar großen Wert auf die Pluralität der Menschen legt und betont, Politik befasse sich mit der Gemeinschaft und dem Austausch zwischen Menschen, die sich voneinander unterscheiden, dass sie aber die Augen davor verschließt, dass diese Pluralität der Ursprung antagonistischer Konflikte ist. Politisch denken heißt Arendt zufolge, die Fähigkeit zu entwickeln, Dinge aus einer Vielzahl von Perspektiven zu betrachten. Wie ihr Verweis auf Kant und dessen Idee der »erweiterten Denkungsart« belegt, unterscheidet sich ihr Pluralismus nicht wesentlich von dem Habermas', ist er doch wie jener im Horizont der intersubjektiven Übereinkunft verankert. Tatsächlich ist das, wonach sie in Kants Lehre vom ästhetischen Urteil sucht, ein Verfahren, wie sich